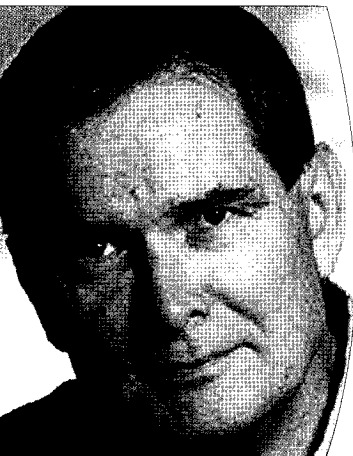


Zuwanderung und demographischer Wandel



Prof. Dr. Klaus J. Bade
Direktor des Instituts für
Migrationsforschung und
Interkulturelle Studien (IMIS),
Universität Osnabrück
(www.kjbade.de)

Deutschland war in seiner Migrationsgeschichte meist abwechselnd Aus- oder Einwanderungsland, oft beides zugleich. Derzeit verschiebt sich das Gewicht wieder vom Einwanderungsland über relativ ausgeglichene Wanderungsbilanzen in Richtung Auswanderungsland – mit demographisch alternder und bald

schrumpfender Bevölkerung.

Dies ist problematisch, denn Deutschland ist, um sein Wohlstandsniveau zu erhalten, auf qualifizierte und hochqualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. Das stand zu Recht im Bericht des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration vom Oktober 2004 (www.zuwanderungsrat.de). Damit diese Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, ist zweierlei nötig: Qualifikationsanstrengungen und größere Flexibilität bei Angebotsengpässen am Arbeitsmarkt. Trotz hoher Arbeitslosigkeit brauchen wir dazu eine gezielte und begrenzte, arbeitsmarkt-orientierte Zuwanderung.

Der Bedarf an Zuwanderung wird noch wachsen mit den demographischen Engpässen am Arbeitsmarkt, mit denen ab 2010 oder schon früher zu rechnen ist. Nur die Zuwanderungsüberschüsse und die zunächst hohen Geburtenzahlen der Einwandererbevölkerung haben uns bislang vor dem Durchschlagen der seit 1972 laufenden

demographischen Schrumpfung der inländischen Bevölkerung in absoluten Zahlen bewahrt. Das ändert sich rapide: Im Jahr 2003 sank die Zahl der Zuzüge mit rund 769 000 erstmals seit 1991 unter die Marke von 800 000. Dem standen 626 000 Fortzüge entgegen. Netto lag der Wanderungsüberschuss 2003 also bei nur noch 143 000 Personen. Das waren 76 000 weniger als 2002. Und für 2004 rechnet die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung sogar nur mehr mit einem Wanderungssaldo von 70 000 bis 80 000 Personen.

Was 2004 tatsächlich passiert ist, werden wir, nach den umfänglichen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, erst Anfang 2006 sicher wissen. Aber dass es demnächst demographisch beschleunigt abwärts geht, steht außer Zweifel – die Frage ist nur: wie stark und wo mehr bzw. wo weniger. Und auch der Geburtenvorsprung der Einwandererbevölkerung gegenüber der Mehrheitsbevölkerung nimmt ab – man sieht: die Integration läuft jedenfalls demographisch auf Hochtouren; denn auch die Anpassung der Geburtenraten ist ein Indikator für fortschreitende Integration. Zuwanderung ist freilich, aller Milchmädchen demographie zum Trotz, kein Hilfsmittel gegen die absehbare und auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr aufzufangende quantitative Schrumpfung und demographische Alterung der Bevölkerung. Zuwanderung ist auch keine Zauberformel gegen die mit diesem demographischen Wandel verbundene relative Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Das gilt auch dann, wenn sich die Schrumpfung in absoluten Zahlen – wegen möglicherweise weiter zunehmender durchschnittlicher Lebenserwartung – auf der Zeitachse noch verschieben könnte.

Helfen kann Zuwanderung aber bei nicht aus eigener Kraft oder nicht zügig genug behebbaren Engpässen am Arbeitsmarkt. Und sie kann insgesamt dazu beitragen, die gravierenden Folgen der Veränderungen in Bevölkerungsumfang und Altersstruktur für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme auf Zeit abzufedern. Auf diese Weise können noch Handlungsspielräume für die unabdingbar nötigen, konsequenten Reformen gewonnen werden. Sie reichen von der Familienpolitik und den Sozialsystemen, besonders Kranken- und Pflegekostenversicherung, über Steuerreform, Flexibilisierung am Arbeitsmarkt und Eröffnung eines gegebenenfalls durch Zuschüsse balancierten Niedriglohnssektors bis hin zur Erhöhung der Lebensarbeitszeit durch Verkürzung der Ausbildungszeiten und der Erhöhung des Renteneintrittsalters. Diese und andere Reformen werden umso einschneidender und schmerzhafter ausfallen, je später und je zögerlicher sie in Angriff genommen werden.

Das haben wir schon 1994 in dem von mir herausgegebenen „Manifest der Sechzig“ zum Thema „Deutschland und die Einwanderung“ warnend vorausgesagt. Rückblickend weiß heute jeder, dass die Warnung richtig war.

Der demographische Faktor muß also in seinen regional und kommunal ganz unterschiedlichen Folgewirkungen für jedwede Planung auf allen Ebenen einbezogen werden. Das reicht von der kommunalen Infrastruktur über die Arbeitsmarktpotentiale bis zu den Immobilienpreisen u. a. m. Es gibt keinen Grund zu politischer Hysterie. Aber es gibt Anlass zu nüchterner, umsichtiger und verantwortungsvoller Bestandsaufnahme, Trendabschätzung und Zukunftsplanung auf allen Ebenen.